

## Zweckbündnis

*Amerikas religiöse Rechte wirbt um die Katholiken*

Im vergangenen Herbst nahm in den Vereinigten Staaten eine Organisation die Arbeit auf, deren Gründung ein bezeichnendes Licht auf die religiöse wie die politische Stimmung ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen wirft. Nur schon die Nachricht von der erfolgten Gründung löste auf katholischer bzw. kirchenamtlicher Seite beträchtliche Unruhe aus – so z. B. auf der Vollversammlung der amerikanischen Bischofskonferenz im November vergangenen Jahres.

Die Rede ist von einer sogenannten „Catholic Alliance“, deren Gründung die „Christian Coalition“ des evangelikalen protestantischen Fernsehpredigers und früheren Präsidentschaftskandidaten (vgl. HK, April 1988, 163) *Pat Robertson* im vergangenen Oktober bekanntgab. Die „Christian Coalition“ ist eine der mächtigsten religiös-politischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, die sowohl massiv in die Republikanische Partei hineinwirkt, als auch bei Wahlkämpfen Unterstützung für diese mobilisiert. Nach eigenen Angaben sind bisher 16 Prozent der Mitglieder der „Christian Coalition“ Katholiken.

Mit der Schaffung eines eigenen Ablegers der „Christian Coalition“ für Katholiken bemüht man sich um bessere Ausgangsbedingungen beim Versuch, Katholiken dauerhaft ins republikanische Lager hinüberzuholen und sie an es zu binden. Gerade das Umschwenken der mehrheitlich traditionell dem demokratischen Lager zugerechneten katholischen Wähler zur Republikanischen Partei machte man mitentscheidend für die Erfolge von *Ronald Reagan* in den 80er Jahren verantwortlich. Der jüngste Schritt im Bemühen der US-Rechten um das Wählervotum der Katholiken kommt nicht von ungefähr.

Seit langem ist man dabei, die Beziehungen zwischen Katholiken und Evangelikalen in den USA zu verbessern. Beide Seiten haben festgestellt, daß sie mehr verbindet als trennt. Im März 1994 erschien ein Dokument, das aus einer anderthalbjährigen Konsultation zwischen Vertretern des evangelikalen US-Protestantismus und einigen Katholiken hervorging (vgl. Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, 3/1995, 54 ff.). Angesichts der offensichtlichen Nähe des konservativen Flügels der katholischen Kirche mit der Evangelikalen-Bewegung in politischen und sozialen Fragen soll dies Dokument helfen, traditionelle Vorbehalte abzubauen. Drei katholische Bischöfe gehören zu den Unterstützern dieses Unternehmens: New Yorks Kardinal *John O'Connor*, der Erzbischof von Denver, *Francis Stafford*, der Bischof von Yakima (Bundesstaat Washington), *Francis George*.

Mit diesem Dokument zeichnet sich ein „Zweckbündnis“ (*Erich Geldbach*) ab, in dem all das einen Platz hat, was das konservative Amerika seit Jahren umtreibt, ohne daß es jedoch nennenswerte sichtbare Erfolge aufweisen könnte: Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen für Abtreibungen, Erziehung zugunsten von bestimmten moralischen Werten, Sicherung der Elternrechte in Erziehung und Schule, Kampf gegen die Pornographie, Betonung individueller Verantwortlichkeit und der freien Marktwirtschaft als integralem Bestandteil einer freien Gesellschaft, selbstbewußte Behauptung der Werte westlicher Kultur, Stärkung nichtstaatlicher Institutionen wie Familie, Kirchen und Freiwilligkeitsorganisationen, eine „realistische“ Einschätzung der Rolle der USA im Weltgeschehen.

Bischöfe waren es aber auch, die schon bald nach der Bekanntgabe der Gründung auf die Probleme hinwiesen, die sie im Zusammenhang mit der „Catholic Alliance“ erwarten. Vor der Vollversammlung der Bischofskonferenz wies Bischof *Howard Hubbard* von Albany (Bundesstaat New York; Wortlaut in: *Origins*, 7.12.95) auf die „mas-

sive Verwirrung“ im Kirchenvolk wie in politischen Kreisen hin, die drohe, wenn diese Gruppierung als Sprecher von US-Katholiken auftrete. Niemand wolle irgendeinem Katholiken das Recht absprechen, sich zu welchem Thema auch immer politisch zu äußern – etwas anderes sei es jedoch, die Position der katholischen Kirche vertreten zu wollen.

Unter den Zielen der „Christian Coalition“ befänden sich Themen, in denen man übereinstimme, etwa in der Abtreibungsfrage; zugleich gäbe es jedoch auch solche, in denen man nicht übereinstimme, etwa in bezug auf die Reform des Sozialsystems und die Todesstrafe. Mit Hilfe der „Catholic Alliance“ solle ein katholisch-christlicher Wählerblock entstehen, der auf Konfrontationskurs gehe zu den Auffassungen der Bischöfe. Das Ganze sei ein Versuch, die Katholiken ihren Bischöfen zu entfremden.

Der Vorgang läßt sich nicht auf die Frage reduzieren, inwieweit die „Catholic Alliance“ die Bezeichnung „katholisch“ zu Recht verwendet. Die Schwierigkeiten der US-Bischöfe mit einer Lebensethik, die sich nicht auf das Abtreibungsthema fixiert und dabei die in den USA wieder vermehrt praktizierte Todesstrafe unerwähnt läßt, ebenso das Armutsproblem im eigenen Land sowie erst recht die Verantwortung des reichsten Landes der Erde für die Eine Welt sind nicht neu. Auch die viel beachteten Hirtenbriefe der US-Bischöfe aus den 80er Jahren zur Friedens- und Wirtschaftsethik konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bischöfe damit in Teilen des eigenen Kirchenvolkes auf erhebliche Vorbehalte stießen.

Dennoch dürften schwierigere Zeiten anbrechen – nicht nur im bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf. Viel wird davon abhängen, inwieweit die Bischofskonferenz auch in Zukunft die Kraft aufbringt, auf diesem Gebiet eine konsistente, unverwechselbare Linie durchzuhalten. Das Gesprächsklima in der Bischofskonferenz (vgl. HK, September 1995, 464 ff.) ist nicht so, daß man in jedem Fall sicher sein könnte, daß dies auch gelingt. *nt*